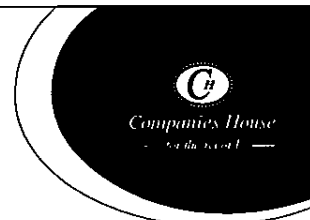


OS CC01

Return by an overseas company of an alteration to constitutional documents



☒ **What this form is for**
You may use this form to show an alteration to constitutional documents of an overseas company

☒ **What this form is NOT for**
You cannot use this form to make any other changes to an overseas company

WEDNESDAY



A13 21/07/2010 261
COMPANIES HOUSE

1 Overseas company details

Company number **F C 0 2 9 1 6 3**
Company name in full or alternative name as registered in the UK **ERGO LEBENSVERSICHERUNG AKTIENGESSELLSCHAFT**

→ **Filling in this form**
Please complete in typescript or in bold black capitals
All fields are mandatory unless specified or indicated by *

2 Alteration of the constitutional document(s)

Details of change **NAME OF COMPANY, NUMBER OF MEMBERS OF SUPERVISORY BOARD**

3 Date of alteration to the constitutional document(s)

The company gives notice¹ that the constitutional document(s) for this company were altered on the date below
Date of alteration **24 03 2010**
Copies of the following documents have been attached
- A new certified copy of the constitution of the company, as altered
- A certified translation, if applicable

¹ This notice must be delivered to the Registrar within 21 days of the notice of alteration being received in the UK in due course of post (if dispatched with due diligence)

4 UK establishments

A return must be delivered in respect of any alteration to the company particulars by each UK establishment. If, however, a company has more than one UK establishment, it may deliver only one form in respect of all those UK establishments, provided it completes the table below

UK establishment name	Registration number
ERGO LEBENSVERSICHERUNG AG UK BRANCH	B R 0 1 0 5 9 4

5 Signature

I am signing this form on behalf of the overseas company²
Signature **X J. U. Ritzline X**

² This form may be signed by
Director, Secretary,
Permanent representative

OS CC01

Return by an overseas company of an alteration to constitutional documents



Presenter information

You do not have to give any contact information, but if you do it will help Companies House if there is a query on the form. The contact information you give will be visible to searchers of the public record.

Contact name

CLAIRE MORGAN

Company name

Address

15 BERMONDSEY SQUARE
LONDON

Post town

County/Region

Postcode

SE1 3UN

Country

DX

Telephone

020 3003 6210



Checklist

We may return the forms completed incorrectly or with information missing

Please make sure you have remembered the following

- ☒ The company name and number as registered in the UK match the information held on the public Register
- ☒ You have entered details of the alteration to the constitutional documents in Section 2
- ☒ You have entered the date of alteration to the constitutional document(s) in Section 3
- ☒ You have completed Section 4, if applicable
- ☒ You have submitted the new constitutional documents of the company (with a certified translation, if appropriate) with this form
- ☒ You have signed the form



Important information

Please note that all information on this form will appear on the public record



Where to send

You may return this form to any Companies House address.

England and Wales

The Registrar of Companies, Companies House,
Crown Way, Cardiff, Wales, CF14 3UZ
DX 33050 Cardiff

Scotland

The Registrar of Companies, Companies House,
Fourth floor, Edinburgh Quay 2,
139 Fountainbridge, Edinburgh, Scotland, EH3 9FF
DX ED235 Edinburgh 1
or LP - 4 Edinburgh 2 (Legal Post)

Northern Ireland

The Registrar of Companies, Companies House,
Second Floor, The Linenhall, 32-38 Linenhall Street,
Belfast, Northern Ireland, BT2 8BG
DX 481 N R Belfast 1



Further information

For further information, please see the guidance notes on the website at www.companieshouse.gov.uk or email enquiries@companieshouse.gov.uk

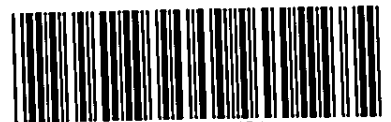
This form is available in an alternative format. Please visit the forms page on the website at www.companieshouse.gov.uk

Vollständiger Wortlaut
der
Satzung
der

ERGO Lebensversicherung Aktiengesellschaft
mit Sitz in Hamburg

in der Fassung vom 24. März 2010

WEDNESDAY



A0MEYLVO

A13

21/07/2010

260

COMPANIES HOUSE

Satzung

Abschnitt I

Allgemeine Bestimmungen

§ 1

(1) Die Gesellschaft führt die Firma

ERGO Lebensversicherung Aktiengesellschaft

(2) Sie hat ihren Sitz in Hamburg

(3) Gegenstand des Unternehmens ist der unmittelbare und mittelbare Betrieb der Lebensversicherung in allen ihren Arten sowie die Vermittlung von Versicherungen, Bausparverträgen und sonstigen Geschäften, die im engen wirtschaftlichen Zusammenhang mit dem Versicherungsbetrieb stehen. Die Gesellschaft kann auch Kapitalisierungsgeschäfte und Geschäfte der Verwaltung von Versorgungseinrichtungen betreiben. Sie kann im In- und Ausland tätig werden.

§ 2

Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 3

Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im elektronischen Bundesanzeiger.

Abschnitt II

Grundkapital und Aktien

§ 4

- (1) Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt EUR 102 258 376,24. Es ist eingeteilt in 200 000 Stuckaktien, die jeweils zu 61,15% eingezahlt sind.
- (2) Bei einer Erhöhung des Grundkapitals kann der Beginn der Gewinnberechtigung der neuen Aktien abweichend von dem Zeitpunkt der Leistung der Einlagen festgelegt werden.
- (3) Das Grundkapital darf erhöht werden, bevor es voll eingezahlt ist.

§ 5

- (1) Die Aktien lauten auf den Namen. Die Übertragung bedarf der Zustimmung der Gesellschaft, über deren Erteilung der Aufsichtsrat beschließt. Die Zustimmung darf nur aus wichtigem Grund verweigert werden.
- (2) Der Anspruch des Aktionärs auf Verbriefung seines Anteils ist ausgeschlossen. Die Gesellschaft ist berechtigt, Urkunden über einzelne Aktien (Einzelurkunden) oder über mehrere Aktien (Sammelurkunden) auszustellen. Die Form von Aktienurkunden und von Dividenden- und Erneuerungsscheinen wird vom Vorstand festgesetzt.

Abschnitt III

Verfassung

A Vorstand

§ 6

- (1) Der Vorstand besteht aus mindestens zwei Personen, im Ubrigen bestimmt der Aufsichtsrat die Anzahl der Mitglieder des Vorstands
- (2) Die Gesellschaft wird durch zwei Vorstandsmitglieder oder durch ein Vorstandsmitglied gemeinsam mit einem Prokuristen vertreten

B Aufsichtsrat

§ 7

- (1) Der Aufsichtsrat besteht aus sechs Mitgliedern, von denen vier Aufsichtsratsmitglieder durch die Aktionäre und zwei Aufsichtsratsmitglieder von den Arbeitnehmern gewählt werden
- (2) Ihre Amtszeit endet mit Beendigung der ordentlichen Hauptversammlung, die über die Entlastung für das vierte Geschäftsjahr nach dem Beginn der Amtszeit beschließt. Das Geschäftsjahr, in dem die Amtszeit beginnt, wird nicht mitgerechnet. Die Hauptversammlung kann für Mitglieder der Aktionäre bei der Wahl eine kürzere Amtszeit bestimmen
- (3) Scheidet ein Mitglied vor Ablauf seiner Amtszeit aus dem Aufsichtsrat aus, ohne dass ein Ersatzmitglied nachrückt, so wird ein Nachfolger nur für die restliche Amtszeit des ausgeschiedenen Mitglieds gewählt
- (4) Die Mitglieder und die Ersatzmitglieder des Aufsichtsrats können ihr Amt jederzeit durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Vorstand der Gesellschaft niederlegen

§ 8

Der Aufsichtsrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und dessen Stellvertreter für die Dauer ihrer Amtszeit im Aufsichtsrat. Scheiden Vorsitzender oder Stellvertreter vor Ablauf ihrer Amtszeit aus, so hat der Aufsichtsrat unverzüglich, spätestens am Anfang der nächsten Sitzung, eine Neuwahl für die restliche Amtszeit des Ausgeschiedenen vorzunehmen.

§ 9

- (1) Ist der Vorsitzende des Aufsichtsrats gewählt, so ist der Aufsichtsrat beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder eingeladen oder zur Abstimmung aufgefordert sind und mindestens zwei Drittel der Mitglieder an der Beschlussfassung teilnehmen.
- (2) Beschlüsse des Aufsichtsrats bedürfen der Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden oder bei dessen Verhinderung die Stimme des Stellvertreters, der die Aufgaben des Vorsitzenden wahrnimmt.

§ 10

Der Aufsichtsrat ist ermächtigt, Änderungen der Gesellschaftssatzung, die nur die Fassung betreffen, vorzunehmen.

§ 11

Jedes Mitglied des Aufsichtsrats erhält außer dem Ersatz seiner Auslagen und einem Sitzungsgeld von EUR 250 pro Sitzung eine feste Vergütung von EUR 18 000 jährlich. Diese feste Vergütung erhöht sich für den Vorsitzenden des Aufsichtsrats auf das Doppelte und für dessen Stellvertreter auf das Eineinhalbfache. Die für diese Bezüge zu entrichtende Umsatzsteuer wird den Aufsichtsratsmitgliedern ersetzt.

C. Hauptversammlung

§ 12

- (1) Die ordentliche Hauptversammlung findet innerhalb der ersten acht Monate nach Ablauf des Geschäftsjahres statt. Die Hauptversammlung findet nach Wahl des Vorstands, oder falls der Aufsichtsrat die Einberufung vornimmt, nach dessen Wahl in Hamburg, Düsseldorf, Köln oder München statt.
- (2) An der Hauptversammlung kann jeder Aktionär - persönlich oder durch einen Bevollmächtigten - teilnehmen, der seine Aktien spätestens am letzten Tag der gesetzlichen Anmeldefrist beim Vorstand der Gesellschaft anmeldet, sofern nicht der Vorstand einen späteren Anmeldeschlusstag bestimmt, und für die angemeldeten Aktien im Aktienregister eingetragen ist. Fällt der letzte Tag der Anmeldefrist auf einen Sonntag, einen am Sitz der Gesellschaft anerkannten Feiertag oder einen Samstag, so tritt an dessen Stelle der vorangehende Werktag. Der Samstag gilt im Sinne dieser Regelung nicht als Werktag.
- (3) Das Stimmrecht kann durch einen Bevollmächtigten ausgeübt werden. Die Vollmacht kann schriftlich, per Fax oder auf eine andere von der Gesellschaft jeweils näher zu bestimmende Weise erteilt werden.
- (4) Jede Aktie gewährt in der Hauptversammlung eine Stimme.

§ 13

- (1) Die Hauptversammlung leitet der Vorsitzende des Aufsichtsrats. Im Falle seiner Verhinderung wählt die Hauptversammlung ihren Vorsitzenden.
- (2) Das Verfahren bei Abstimmungen bestimmt der Versammlungsleiter. Er kann eine von der Ankündigung in der Tagesordnung abweichende Reihenfolge der Verhandlungsgegenstände festlegen.
- (3) Die Beschlüsse der Hauptversammlung werden, soweit nicht zwingende gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst.

Sofern das Gesetz außer der Stimmenmehrheit eine Kapitalmehrheit vorschreibt, genügt, soweit gesetzlich zulässig, die einfache Mehrheit des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals

Abschnitt IV

Überschussbeteiligung, Vermögensanlage

§ 14

Gemäß § 56 a des Versicherungsaufsichtsgesetzes bestimmt der Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats die Beträge, die für die Überschussbeteiligung der Versicherten zurückzustellen sind. Beträge, die nicht aufgrund eines Rechtsanspruchs der Versicherten zurückzustellen sind, dürfen für die Überschussbeteiligung nur bestimmt werden, soweit aus dem verbleibenden Bilanzgewinn noch ein Gewinn von mindestens vier vom Hundert des Grundkapitals verteilt werden kann. Die für die Überschussbeteiligung der Versicherten bestimmten Beträge sind, soweit sie den Versicherten nicht unmittelbar zugeteilt wurden, in eine Rückstellung für Beitragsrückerstattung einzustellen. Die der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zugewiesenen Beträge dürfen nur für die Überschussbeteiligung der Versicherten verwendet werden. Der Vorstand ist jedoch berechtigt, mit Zustimmung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht in Ausnahmefällen die Rückstellung für Beitragsrückerstattung, soweit sie nicht auf bereits festgelegte Überschussanteile entfällt, im Interesse der Versicherten zur Abwendung eines Notstandes heranzuziehen.

- im Interesse der Versicherten zur Abwendung eines drohenden Notstandes,
- um unvorhersehbare Verluste aus den überschussberechtigten Versicherungsverträgen auszugleichen, die auf allgemeine Änderungen der Verhältnisse zurückzuführen sind,
- um die Deckungsrückstellung zu erhöhen, wenn die Rechnungsgrundlagen auf Grund einer unvorhersehbaren und nicht nur vorübergehenden Änderung der Verhältnisse angepasst werden müssen.

§ 15

Das Vermögen wird nach den gesetzlichen Bestimmungen und den von der Aufsichtsbehörde aufgestellten Grundsätzen angelegt.

Bescheinigung

Der unterzeichnende Ulf Scharrelmann, Notar mit dem Amtssitz in Dusseldorf,
bescheinigt hiermit, dass die vorstehende Satzung mit dem zuletzt zum Handelsregister
eingereichten vollständigen Wortlaut der Satzung wortlich ubereinstimmt

Dusseldorf, den 18 Juni 2010


Notar

Authenticated translation from German to English

Full and complete text

of the

Statutes

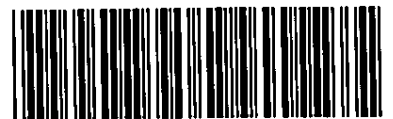
of

ERGO Lebensversicherung Aktiengesellschaft

with legal domicile in Hamburg

as of March 24, 2010

WEDNESDAY



A0MEZLVP

A13

21/07/2010

259

COMPANIES HOUSE

Statutes

Section I

General clauses

§1

- 1 The company has the name and legal form

ERGO Lebensversicherung Aktiengesellschaft

2. The company has its legal domicile in Hamburg
- 3 The company objective is the direct and indirect business of a life insurance company in all varieties as well as brokerage of insurances, building loan contracts and other transactions in close economic relation to the insurance business. The company may also engage in capitalization transactions and may engage in the management of pension institutions (*Versorgungseinrichtungen*) The company may transact business both within the country and abroad

§2

The calendar year shall be the fiscal year

§3

Company announcements shall be made in the electronic Federal Gazette (*Bundesanzeiger*)

Section II

General clauses

§4

- 1 The company's share capital is € 102,258,376.24. It is structured into 200,000 individual share certificates, 61.15% of each share have been contributed.
- 2 If the share capital is raised, the beginning of the entitlement to dividend of the new shares may deviate from the point of time the contributions are paid.
- 3 Share capital may be raised before it is fully contributed.

§5

1. The shares are registered shares. They may be transferred only with the company's consent, the supervisory board is competent to decide on such consent. Such consent may be denied only for significant cause.
- 2 Shareholders are not entitled to securitization of their share. The company is authorized to issue certificates for single shares (individual certificates) or several shares (collective certificates). The executive board decides on the type of share certificate, dividend coupons, and renewal coupons.

Section III

Certificate of incorporation

A. Executive board

§6

- 1 The executive board consists of at least two persons, the supervisory board shall decide on the exact number of executive board members
- 2 The company is represented by two executive board members or by one executive board member acting with an authorized officer (*Prokurist*)

B. Supervisory board

§7

- 1 The supervisory board is composed of six persons. Four of these are elected by the shareholders, the other two supervisory board members are elected by the employees
- 2 Their tenure ends at the close of the annual shareholders' meeting which ratifies the acts of management in the fourth fiscal year after the tenure begins. The fiscal year in which the tenure begins shall not be counted. The annual shareholders' meeting may determine shorter tenures for the supervisory board members it appoints
- 3 If a supervisory board member retires from the supervisory board prior to expiration of his/her term without that post being taken by a substitute member, a successor shall be elected only for the remaining tenure of the retired supervisory board member
4. Supervisory board members and substitute supervisory board members may step down from their post at any time by making written notification to that effect to the company's executive board

§8

The supervisory board elects from its ranks a chairperson and a vice-chairperson for the duration of the respective tenures on the supervisory board. If the chairperson or the vice-chairperson retire prior to expiration of their respective tenures, the supervisory board will immediately elect a successor for the remaining tenure of the retired person, however no later than the beginning of the next supervisory board meeting

§9

- 1 Once the chairperson of the supervisory board has been elected, the supervisory board forms a quorum if all members have been invited or have been requested to vote and at least two thirds of all members participate in the passing of resolution
- 2 Resolutions by the supervisory board are passed with a majority of cast votes. In the event of a tie, the chairperson or, in the event of chairperson's absence, the vice-chairperson acting on chairperson's behalf shall have the tie-breaking vote

§ 10

The supervisory board is authorized to modify or amend the statutes as relates to form only

§ 11

In addition to a fixed base remuneration of € 18,000 per year, each member of the supervisory board will also be refunded any incurred expenses and will be paid a meeting attendance fee of € 250 per meeting. The chairperson of the supervisory board will be paid 200% of the base remuneration, the vice-chairperson will be paid 150% of the base remuneration. The supervisory board members will be refunded the turnover tax due for these fees.

C. Executive board

§12

- 1 The annual shareholders' meeting will be held within the first eight months following expiration of a fiscal year. The annual shareholders' meeting will be held in Hamburg, Dusseldorf, Cologne or Munich at the executive board's discretion or, if the supervisory board calls the meeting, at the supervisory board's discretion.
- 2 All shareholders may participate at annual shareholders' meetings in person or through authorized representatives provided they have filed their shares with the company's executive board prior to the statutory registration deadline day, unless the executive board has fixed a different deadline, and if they have been filed in the share register for the registered share. If the deadline day is a Saturday, a Sunday or an official holiday at the company's legal domicile, the preceding workday shall be considered the last deadline day. For these purposes, Saturdays shall not be considered workdays.
3. Voting rights may also be exercised by authorized representatives. Such proxy may be granted in writing, by telefax or in any other way defined in detail by the company.
- 4 Each share entitles to one vote at the annual shareholders' meeting.

§13

- 1 The chairperson of the supervisory board will chair the annual shareholders' meeting. In case of chairperson's absence, the annual shareholders' meeting will elect a meeting chairperson.
2. The meeting chairperson will define procedures in votings. The meeting chairperson may fix the meeting agenda sequence in deviation from the agenda sequence stated in the invitation.
- 3 Unless mandatory legal provisions stipulate differently, resolutions by the annual shareholders' meeting are passed with a simple majority of cast votes.

If mandatory legal provisions stipulate an equity majority in addition to majority in votes, a simple majority of the capital represented at passing resolutions shall suffice, to the extent legally admissible.

Section IV

Surplus sharing, asset investments

§14

In compliance with §56a of the Law on the Supervision of Insurance Companies (*Versicherungsaufsichtsgesetz*), the executive board with approval by the supervisory board defines the sums to be allocated to surplus sharing of the policyholders. Those sums that must not be transferred to surplus sharing due to legal regulations may be used for surplus sharing only if a profit of at least four percent of the remaining net income shown in the balance sheet can be paid out. The sums allocated to policyholder surplus sharing which are not directly allocated to policyholders shall be transferred to a provision for refunds of premiums. The sums transferred to the provision for refunds of premiums may be used only for policyholder surplus sharing. However, the executive board with approval by the Federal Financial Supervisory Authority (*Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht*) may in exceptional cases draw upon the provision for refunds of premiums to avert a crisis in the best interest of policyholders unless the provision has already been definitely allocated to surplus shares

- to avert a crisis in the best interest of policyholders
- to compensate for unforeseeable losses from surplus-sharing insurance policies which are caused by general changes to circumstances
- to increase pro rata unearned premium reserve if the calculation bases must be adapted due to unforeseeable and not only temporary changes to circumstances

§15

Assets will be invested as provided by law and in compliance with the principles defined by the supervisory authority.

Certification

I, the undersigned Ulf Scharrelmann, notary in Düsseldorf, hereby certify that this is a true and complete copy of the statutes most recently submitted to the Commercial Register

Düsseldorf, June 18, 2010

(signature)

Notary

(notary's cord and seal)

I hereby certify that the above and foregoing is a correct translation of the original document from German to English, and that the said translation was made to the best of my knowledge and ability. Witness thereof my hand and seal as the certified and sworn interpreter and translator for courts and notaries in the State of Hessen for the English language

Altenhasslau, July 1, 2010

